



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/110

Hinweise
auf den Inhalt:

13. Mai 1953
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Potsdamer Abkommen - einzige Brücke zwischen West und Ost	S. 1
Umstrittene USA-Flugplätze in Dänemark	S. 3
Buchbesprechung: Der Kommentar zum Aktionsprogramm der SPD	S. 5

Potsdam als Schreckgespenst

(sp) Die provinzielle Enge dessen, was die Bonner Regierung gern Außenpolitik nennt, prägt sich besonders stark in den großen Schicksalsfragen aus. Für ein total besiegtes Volk, das sich bei allen nationalen Problemen an der Politik der Siegermächte zu orientieren hat, ist es gewiß schwer, einen Standort zu finden, der trotz aller weltpolitischen Schwankungen beibehalten werden kann. Dies ist aber, was die Frage der deutschen Wiedervereinigung angeht, im großen und ganzen gelungen. Seit Bestehen der Bundesrepublik haben zumindest die beiden großen demokratischen Parteien über einige Grundbegriffe Einverständnis erzielen können.

Der erste dieser fundamentalen Begriffe lautet, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit eine von den vier Siegermächten übernommene Verpflichtung ist, aus der sie nicht entlassen werden können und dürfen. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen dort, wo die Frage aufgeworfen wird, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Siegermächte dazu gebracht werden können, ihre Verpflichtung einzuhalten. Die Gegensätzlichkeit der Regierungs- und der oppositionellen Auffassungen ist unzählige Male dargelegt worden.

Je nach der weltpolitischen Konjunktur und je nach der Opportunität der innenpolitischen Lage nehmen die Argumente der

Regierung freilich den Charakter einer angeblichen Zwangsläufigkeit oder der offenen Drohung an. Wenn die objektiven Tatbestände es erfordern, kann diese gleiche Regierung aber auch auf die Linie einschwenken, die an der Wiege der Bundesrepublik bezogen wurde. Damals, bei der Schaffung des Grundgesetzes, war man einig, daß die Bundesrepublik nur ein provisorisches Staatsgebilde sein dürfe. Als sich bei den Verhandlungen über den Generalvertrag herausstellte, daß die von Herrn Adenauer erhoffte "Souveränität" nicht zugestanden werden würde, stellte es die Regierungspropaganda als eine Selbstverständlichkeit hin, daß das Potsdamer Abkommen nicht verletzt werden dürfe, in engster Anlehnung an die Interpretation der Westmächte.

Obgleich die Westmächte der Bundesrepublik nicht mehr gegeben haben als die innere Autonomie und eine gewisse außenpolitische Handlungsfreiheit, hat dies doch ausgereicht, das Palais Schaumburg in einen Traum von Souveränität zu versetzen. Die Als-ob-Politik verführt Dr. Adenauer dazu, sich als "Reichskanzler" zu bezeichnen. Nicht nur in den Verträgen, sondern auch in den Verhandlungen über andere "europäische" Projekte werden alle Register gezogen, um den künftigen Status Gesamtdeutschlands zu präjudizieren. Und dabei tritt plötzlich die Auffassung zutage, daß die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands nicht aus einer von allen Zonen besetzten Nationalversammlung hervorzugehen habe, sondern nur noch der Anschluß der Ostzone an die Bundesrepublik möglich sei. Das Potsdamer Abkommen, das als völkerrechtlicher Vertrag die einzige Klammer darstellt, die unser geschlagenes, in Zonen aufgeteiltes Deutschland noch umschließt, ist plötzlich das böseste Schreckgespenst für die Zukunft der Deutschen.

Die Bundesregierung klammert sich verbissen an das zweifelhafte Produkt einer internationalen Konstellation, die jetzt zwei Jahre zurückliegt. Diese deutsch-alliierten Verträge sind in der Tat ebenso überholt wie das Potsdamer Abkommen mit den Zielsetzungen der Sieger von 1945 überholt ist. Der naive Versuch der Regierung aber, diese Verträge gegen das Abkommen der vier Alliierten

auszuspielen, ist schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil keine der westlichen Mächte bereit ist, die völkerrechtliche Basis zu verlassen, auf der allein das Deutschlandproblem als Schlüssel zum Weltfrieden, wie Churchill es nennt, gelöst werden kann. Indem die Regierungspropaganda behauptet, wenn die Sowjets 'Potsdam' sagten, meinten sie die in der Sicht von 1945 gefassten Beschlüsse Wort für Wort, wird die Politik der östlichen Macht nicht nur bewusst böswillig interpretiert, sondern dem Kroml auch eine Handhabe gegeben, auf gewissen Dingen zu bestehen. Abgesehen davon, daß das Potsdamer Abkommen neben der Verpflichtung, die Einheit zu erhalten, durchaus positive, begrüßenswerte Ziele für die Zukunft Deutschlands enthält, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten wollen, daß sich das meiste davon einfach durch den Ablauf der Zeit von selbst erledigt hat. Die Sowjets sind, wie aus dem Notenwechsel zu entnehmen ist, selbst realistisch genug, dies zu erkennen.

Die Bundesregierung will durch ihre Propaganda das Volk glauben machen, wir ständen vor der Alternative: Hier Souveränität durch den Generalvertrag, dort Rückkehr zum Viermächte-Kontrollrat aufgrund des Potsdamer Abkommens. Man malt das Schreckgespenst ewiger Versklavung an die Wand und begibt sich damit auf einen Weg, der den Verdacht verstärkt, daß die friedliche Verständigung der vier Mächte nicht ernsthaft gewollt und die friedliche Wiedervereinigung der Deutschen im Westen mit unseren Brüdern in der sowjetisch besetzten Zone nicht dringend erstrebt wird. Zum Glück für uns und die leidenden Menschen in der Zone verstärken sich aber die Anzeichen, daß die Siegermächte von gestern an den Verhandlungstisch zu kommen trachten. Wurde dies schon bei der Eisenhower-Rede erkennbar, so kann nach der Rede Churchills kein Zweifel sein, daß die Kräfte im Westen wachsen, die das Gespräch mit dem Kroml wollen. Diese Entwicklung wird über die Integrationsverträge und über die derzeitige Bundesregierung hinweggehen.

+ + +

Schleswig als NATO-Fliegerhorst ?

S-n. - Kopenhagen

Das NATO-Hauptquartier in Paris versucht schon seit einiger Zeit von Dänemark und Norwegen zu erreichen, daß ihm Luftstützpunkte für die amerikanische Bomberwaffe zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich sind die großen neuen Flugplätze in beiden Ländern mit Dollarhilfe fertiggestellt worden. Norwegen aber ist durch einen Vertrag mit der Sowjetunion verpflichtet, keine fremden Streitkräfte in Friedenszeiten auf seinem Boden zu dulden. Dänemark hat zumindest für die Ostseeinsel Bornholm einseitig eine ähnliche Zusicherung abgegeben. In beiden Fällen steht die westliche Orientierung der Regierungen und der Überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eindeutig fest, aber man möchte es vermeiden, vorzeitig und vielleicht unnötig die Aufmerksamkeit der strategischen Planungsbüros in Ost und West auf die Nordfront Europas zu lenken.

Während der dänischen Wahlen im April war dies Problem so akut, daß Staatsminister Eriksen die Bemerkung machte, niemand in Dänemark "würde froh darüber sein, fremde Truppen im Lande zu sehen". Alsbald hörte man durch die Kopenhagener Zeitung "Information", es gäbe einen Ausweichplan. Die amerikanischen Bomberbesatzungen könnten statt in Dänemark in Schleswig-Holstein, und zwar in Rendsburg kaserniert werden und ihre Startbahnen bei Schleswig haben, dessen bisheriger beschneider Flugplatz auf die für den Start von REA-Flugzeugen notwendige Länge von 2 km ausgebaut werden könnte. Damit verbunden war der Vorschlag, die kleine dänische Besatzungstruppe in Itzehoe von 1500 auf 4000 Mann zu erhöhen, um somit einen größeren "Schutz" für den Luftstützpunkt Rendsburg-Schleswig zu schaffen. Auch der Führer der sozialdemokratischen Opposition in Dänemark riskierte die Andeutung, Deutschlands eventuelle Mitwirkung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft könne ganz andere Möglichkeiten für die Stationierung fremder Luftstreitkräfte schaffen, als sie auf dänischem Boden beständen.

Wenn der Luftstützpunkt Schleswig als Ersatz für das skandinavische Flugplatzsystem ausgebaut werden sollte, dann wäre deutscherseits zu bedenken, daß im Ernstfall Hamburg und Kiel wahrscheinlich

13. Mai 1953

mehr, Kopenhagen vielleicht aber weniger von sowjetischen Vernichtungsangriffen bedroht wären. Andererseits aber wären Dänemark und Norwegen außenpolitische Reibungen mit Moskau erspart, was auch wieder im gesamteuropäischen und somit im deutschen Interesse liegen kann. Entscheidend ist aber doch ein anderer Gesichtspunkt: Liegt es im gemeinsamen Interesse aller Anlieger, wenn das Ostseegebiet jetzt schon so ausgesprochen militarisiert wird? Die Meinungen sind geteilt. Diejenigen, die die Frage bejahen weisen darauf hin, daß die roten Armeen bei einer Offensive durch die norddeutsche Tiefebene auf die Nachschübe über die Ostseehäfen angewiesen wären. Darum hätten Häfen wie Wismar ein Fassungsvermögen von einer Million Tonnen erhalten und Rügen sei zu einem Gibraltar der Ostsee ausgebaut worden. Die Eisenbahnlinien in Polen und Mitteldeutschland hätten nicht die Kapazität, die ein Vormarsch verlangt.

Die strategische Planung der Weltmächte bewegt sich immer mehr in einem globalen Rahmen. Sollte deshalb mit den Jahren der Gedanke einer sowjetischen Landoffensive auf dem westeuropäischen Kontinent für die Russen weniger aktuell werden, dann möchten die Skandinavier nur ungern in Dänemark oder in seiner unmittelbaren Nachbarschaft in Schleswig ein Zentrum für Vergeltungsschläge gegen Leningrad haben, das schon in Friedenszeiten als solches erkennbar wäre. - Das ist der eigentliche Sinn der halblaut geführten nordeuropäischen NATO-Debatten.

+ + +

Schweden geht unter die Erde

KRK - Stockholm

Schweden ist, trotz seiner Neutralität, eines der bestgerüsteten Länder Europas. Nun bemüht sich die Verteidigung Schwedens, auch den Anforderungen eines möglichen Atomkrieges gerecht zu werden, indem die wichtigsten Verteidigungsanlagen, Lager und Häfen in das reichlich vorhandene Berg-Gestein eingesprengt werden. Bisher sind einige hundert Millionen Kronen für diesen Zweck verbraucht worden, in der allernächsten Zeit werden noch 245 Millionen für die gleiche Arbeit ausgegeben werden.

Man rechnet damit, daß nach dem Abschluß dieser ersten Arbeits-Etappe etwa 500 unterirdische Verteidigungsanlagen in den strategisch wichtigsten Siedlungen des Landes fertiggestellt sein werden. Der Flottenstützpunkt Luksjö in Stockholm wird ganz in das Bergmassiv eingesprengt werden, so daß Unterseeboote und Jäger vollkommen sicher werden ankern können.

+ + +

Handbuch sozialdemokratischer PolitikEin Kommentar zum Aktionsprogramm der SPD

(sp) Von nun an dürften es jene Kritiker schwer haben, die an der wiedererstandenen Deutschen Sozialdemokratie eine angeblich fehlende Gesamtkonzeption ihrer Forderungen und Vorstellungen auf politischen, sozialem, ^{wirtschaftlichem/} und kulturellem Gebiet entdeckten. Dieser Vorwurf, so unberechtigt er auch war, kann nach diesem in Form eines Lexikons gehaltenen Kommentars zum Dortmunder Aktionsprogramm nicht mehr aufrecht erhalten werden. (Erschienen im Vorwärts-Verlag, Bonn, Friedrich Ebert-Allee 170). Eine ungeheure Fülle von Erfahrungen und Erkenntnissen, von Tatsachen und Zusammenhängen sind in diesem Handbuch verarbeitet, an ihm haben die besten Federn und Köpfe der Partei unter der umsichtigen Redaktionsführung von Willi Eichler mitgearbeitet. Es vermittelt ein umfassendes Bild sozialdemokratischer Vorstellungen und Gedanken, es begründet und vertieft das Wollen der deutschen Sozialdemokratie, das zwar im Dortmunder Aktionsprogramm seinen Niederschlag fand, dem jedoch infolge seiner Kürze oft auch die notwendige Erläuterungen fehlten.

Dem Bedürfnis nach einer befriedigenden Gesamtschau der deutschen Nachkriegssituation, ihrer vielseitigen Probleme und Notwendigkeiten aus sozialdemokratischer Sicht, wird das Handbuch vollauf gerecht. Ob es sich um den Friedensvertrag, um die Einheit Deutschlands, um die gemeinnützigen Unternehmen, um das Mutterschutzgesetz, um Nachwuchsförderung, um sozialen Wohnungsbau, um die wirtschaftliche Mitbestimmung oder um den Staatshaushalt handelt - diese Stichworte allein zeigen schon die Vielheit des Stoffes - der politisch interessierte Leser findet hier jene Orientierung, die Mißdeutungen ausschließt. Ein Anhang über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus im Weltmaßstab schließt dieses Handbuch ab, dessen Lektüre unerlässlich für das Verständnis sozialdemokratischer Politik ist.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau